

**Festsetzungen nach § 9 Abs. 1 BauGB**

**A. Planungsrechtliche Festsetzungen**

**1. Geh-, Fahr- und Leitungsrecht**  
 § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB  
 Die an den Eckpunkten definierte Fläche ABCD ist mit einem Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Straßenbausträgers sowie mit einem Fahrrecht zugunsten der Allgemeinheit zu belasten. Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht befugt den Straßenbausträger an dieser Stelle eine Brücke zu errichten und zu unterhalten. Hinweis: Näheres regelt eine noch zu schließende Kreuzungsvereinbarung zwischen dem Träger der Baumaßnahme und dem Eigentümer der Hafenbahn.

**B. Landespflegerische Festsetzungen**  
 § 9 (1) Nr. 20 i.V.m. § 9 (1) Nr. 25 BauGB

**1. Allgemeine Festsetzungen über Zeitpunkt und Unterhaltung der Pflanzungen auf öffentlichen und privaten Flächen**

Alle festgesetzten Pflanzungen sind gemäß den Festsetzungsnummern auf den öffentlichen Flächen nach Fertigstellung (Abnahme) der Straßenausbauarbeiten zu einem fachgerechten Zeitpunkt, spätestens innerhalb eines Jahres danach, durchzuführen.

Sie sind in der beschriebenen Weise (Quantität und Qualität) herzustellen und dauerhaft zu unterhalten sowie bei Abgang zu einem fachgerechten Zeitpunkt, spätestens innerhalb eines Jahres danach, zu ersetzen.

**2. Landespflegerische Festsetzungen auf den öffentlichen Grünflächen**  
 § 9 (1) Nr. 25 BauGB

Auf den im Plan gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB festgesetzten und mit der Ordnungsziffer ① gekennzeichneten Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern wird der Erhalt von vorhandenen Baumgruppen, Baumreihen, Einzelbäumen, von vorhandenem Extensivrasen und von Gebüschen festgesetzt.

Auf den im Plan gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB festgesetzten und mit der Ordnungsziffer ② gekennzeichneten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen wird die Neuanlage von Gebüschbeständen durch Anpflanzung von Sträuchern / Strauchgruppen gemäß Anlage 1: Artenliste Sträucher festgesetzt.

Auf den im Plan gemäß § 9 (1) Nr. 25 a BauGB festgesetzten und mit der Ordnungsziffer ③ gekennzeichneten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen wird die Neuanlage / Entwicklung von Extensivrasen gemäß Anlage 1: Saatgutmischung für Extensivrasen, Krautsäume festgesetzt. Der Extensivrasen ist durch 2-malige Mahd pro Jahr zu nutzen. Das Mähgut ist von den Flächen abzuräumen.

**C. Anlagen**

Anlage 1: Artenlisten zu den textlichen Festsetzungen Teil B

**Artenliste Sträucher:**

(verpflanzt, 60-100, ohne Ballen, alt. Im Container)	
<i>Cornus sanguinea</i>	Roter Hartleppel
<i>Crataegus laevigata</i>	Zweigflügler Weißdorn
<i>Euonymus europaeus</i>	Pflaferhölchen
<i>Prunus spinosa</i>	Schlehe
<i>Salix caprea</i>	Sal-Weide
<i>Sambucus nigra</i>	Schwarzer Holunder
<i>Salix purpurea</i>	Korb-Weide

**Saatgutmischungen für Extensivrasen, Krautsäume:**  
 Regelsaatgutmischung RSM 6.1: artenreiches Extensivgrün

**D. Nachrichtliche Darstellung / Hinweise**

Es wird auf die Anbauverbotszone nach Bundesfernstraßengesetz (§ 9 FStrG), hier 40 m bei Bundesautobahnen für Hochbauten jeder Art, hingewiesen.

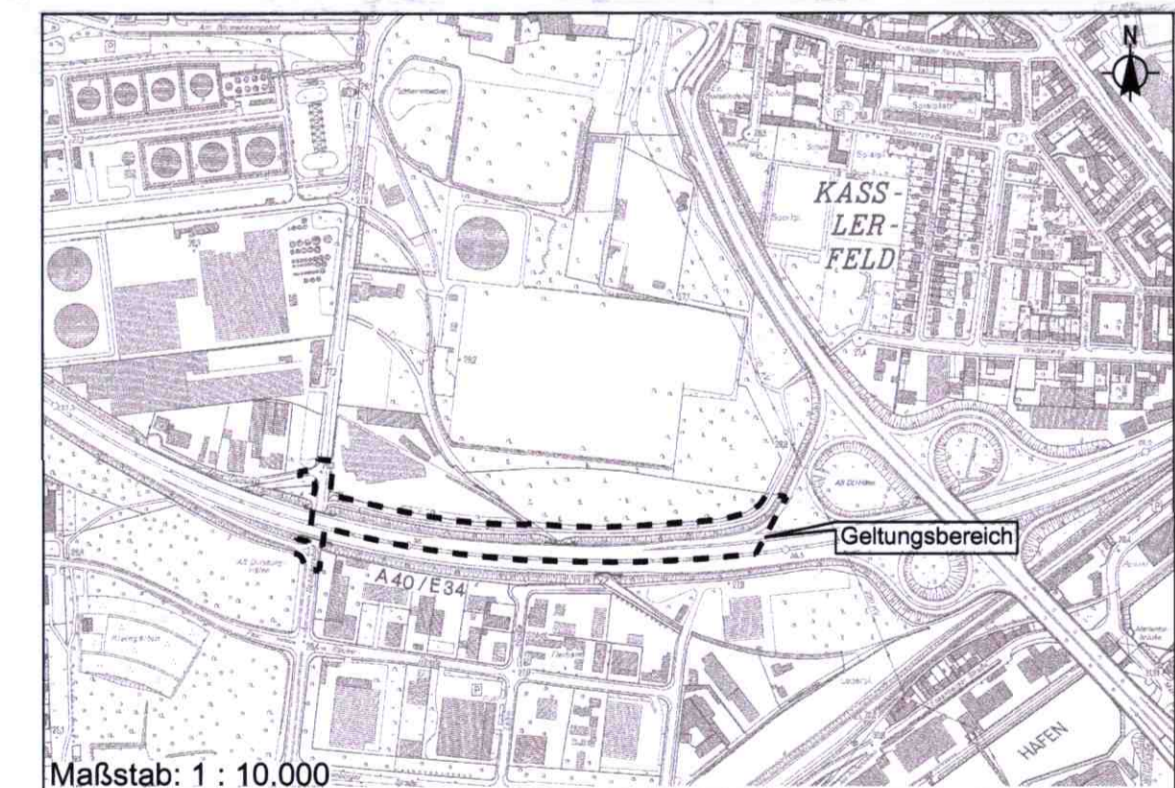
Das Ausbauprojekt ist im Bereich einer im Altlastenverzeichnis-kataster registrierten Abgrabung eines ehem. Auskiesungsgebietes geplant. Anfang der sechziger Jahre erfolgte die Verfüllung mit unterschiedlichen Mengen von Hausmüll, Bauschutt (Trümmerschutt), gewerblichen Abfällen und Beimengungen von Schlacken und Aschen. Die vorliegende Untersuchung weist Auskiesungen bis in eine Tiefe von 10 m auf. Die Anteile an Hausmüll spiegeln sich durch das Vorkommen von Methan wieder, welches Belastungen in dem Planbereich bis 17,1 Vol.-% aufweist. Die Analyse ausgewählter Bodenproben zeigt lokale Kontaminationen durch Mineralölkohlenwasserstoffe (2400 mg/kg MKW) und polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe (180 mg/kg) auf.

Auf der Fläche wurde auch eine Grundwassermeßstelle eingerichtet, über deren Vorfall aber nichts bekannt ist. Tiefbauarbeiten im Bereich der im Altlastenverzeichnis-kataster registrierten Abgrabung sind durch einen Sachverständigen gemäß § 18 BBodSchG zu begleiten und zu dokumentieren. Der Bericht des Sachverständigen ist nach Abschluss der Maßnahme der Genehmigungsbehörde unaufgefordert vorzulegen.

Sollten sich die Methanbelastungen bestätigen, sind bei den Eingriffen in den Altlastenabgräber Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz zu ergreifen. Es ist dann ferner zu prüfen, ob es aufgrund des Methanvorkommens erforderlich wird, passive Maßnahmen zur Ableitung der Bodenluft auf definierten Wegen einzurichten.

Innerhalb des Bebauungsplangebietes verlaufen Versorgungsnetze für Gas, Wasser und Strom der Duisburger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH sowie Leitungen der Telekom und der Kabel Ausstattung BAB (AUSA). Gefährdung bzw. Beeinträchtigung von Versorgungsleitungen durch Bau- und Pflanzarbeiten sind zu vermeiden. Erd- und Pflanzarbeiten sind daher grundsätzlich mit dem o.g. Versorgersträger im Vorfeld abzustimmen.

10201



Änderungen	Index	Art	Bearbeiter	Datum
C				
B				
A				

**KOCKS CONSULT GMBH** **KOCKS INGENIEURE**  
 Kocks Consult GmbH • Stegmannstr. 32-38 • 50568 Koblenz • Tel.: +49 261 1302-0 • Fax: +49 261 1302-40 • eMail: info@kocks-ct.de

Name	Datum
bearbeitet Mansfeld	August 2009
gezeichnet Poerschke	August 2009
geprüft Mansfeld	
Nummer / Bezeichnung	
Dokument 30A73a72394	
Projekt Nr. 72394	

**AMT FÜR STADTENTWICKLUNG UND PROJEKTMANAGEMENT**

Bezeichnung
Projektname Um- und Ausbau AS DU - Häfen
Objekt Bebauungsplan Nr. 1056 I - Käßlerfeld
Planbezeichnung Bebauungsplan
Maßstab 1 : 1.000
Plan Nr. 1

**Rechtsgrundlagen**

- **Baugesetzbuch (BauGB)** i. d. F. der Neubekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 G zur Erleichterung von Planungsvorhaben für die Innenentwicklung der Städte v. 21.12.2006 (BGBl. I S. 3316)
- **Baunutzungsverordnung (BauNVO)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert am 22.04.1993 (BGBl. I S. 466)
- **Planzeichenverordnung (PlanzV)** i. d. F. vom 18.12.1990 (BGBl. 1991 I S. 58)
- **Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 25.03.2002 (BGBl. I S. 1153), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666)
- **Wasserhaushaltsgesetz (WHG)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 10.05.2007 (BGBl. I S. 666)
- **Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 26.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 3 G am 18.12.2006 (BGBl. I S. 3180, 3184)
- **Landesbauordnung (BauO NRW)** i. d. F. der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256 ISGV. NRW. 232), zuletzt geändert am 05.04.2005

**PLANZEICHENERKLÄRUNG** (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90 -)

VERKEHRSFLÄCHEN	MÄßNAHMEN UND FLÄCHEN FÜR MÄßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON BODEN, NATUR UND LANDSCHAFT	SONSTIGE PLANZEICHEN
<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 11, BauGB</p> <p>Straßenverkehrsflächen</p> <p>Überplanung des planfestgestellten Bereiches durch Festsetzung von Straßenverkehrsflächen gem. § 17b Abs. 2 FStrG i.V. mit § 9 BauGB</p> <p>Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung</p> <p>GRÜNFLÄCHEN</p> <p>§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB</p> <p>öffentliche Grünflächen</p>	<p>§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB</p> <p>Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)</p> <p>Art und Zweckbestimmung der entspr. Ziffer s. textl. Festsetzungen</p> <p>Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)</p> <p>Art und Zweckbestimmung der entspr. Ziffer s. textl. Festsetzungen</p>	<p>Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)</p> <p>NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME</p> <p>Flächen für Bahnanlagen (§ 9 Abs. 6 BauGB)</p> <p>Topographie der planfestgestellten Straßenverkehrsflächen der BAB A 40 (§ 9 Abs. 6 BauGB)</p> <p>Planfeststellungsverfahren Az. IV A 3 - 32 - 02 / 181 - 1968 / 69 mit Rechtskraft vom 26.08.1969</p>

**VERMESSUNGSTECHNISCHE UND TOPOGRAPHISCHE SIGNATUREN (AUSZUG)**

Flurgrenze

Parzellengrenze

Flurstücksnummer 321

vorhandene bauliche Anlage

Böschung

Aufschüttung / Abgrabung

**HINWEISE**

(Informelle Darstellung weiterer Planungen, die bisher nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften festgesetzt wurden, nicht Bestandteil des Bebauungsplanes sind und lediglich als Hinweis dienen.)

Fuß-/Radweg innerhalb der öffentlichen Grünfläche

Die festgesetzten öffentl. Verkehrsflächen beinhalten die erforderlichen Verkehrsgrünflächen (wie z.B. Böschungen)

Der Bebauungsplan besteht aus diesem Blatt und einer Begründung. Die Zusammengehörigkeit ist auf den einzelnen Teilen beurkundet.

Duisburg, den **01. Sep. 09**

Es wird bescheinigt, dass die Bestandsangaben mit dem Liegenschaftskataster und der Örtlichkeit übereinstimmen und diese die Festlegung der städtebaulichen Planung geometrisch eindeutig ist.

Duisburg, den **01. Sep. 09**

Für die Bearbeitung des Planentwurfes. Der Entwurf des Bebauungsplanes inkl. Begründung wurde von Dipl. Ing. Mansfeld ausgearbeitet.

Koblenz, den 24.08.2009

Planverfasser Name/Firma/Planungsbüro

**KOCKS CONSULT GMBH**

Dipl. Ing. Mansfeld

Der Rat der Stadt hat am 25.02.2008 nach § 2 (1) BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplans, Unterhaltung der Bestände und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB beschlossen am 30.07.2008.

Duisburg, den **01. SEP. 2008**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Der Rat der Stadt hat am 27.04.2009 nach § 3 (2) BauGB den Bebauungsplan-Entwurf und seine öffentliche Auslegung beschlossen.

Duisburg, den **01. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Die Bebauungsplan-Entwurf und die Begründung haben nach § 3 (2) und § 4 (2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 25.05.2009 bis 26.06.2009 einschließlich zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Duisburg, den **01. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Diese Satzung entspricht dem Beschluss des Rates der Stadt vom **28. SEP. 2009** Duisburg, den **29. SEP. 2009**

Der Rat der Stadt hat am **28. SEP. 2009** die **10 (1) BauGB** als Satzung beschlossen, und er ist **10 (1) BauGB** mit dem Hinweis, dass dieser Bebauungsplan als Satzung mit Begründung vom Tag der Veröffentlichung der Bekanntmachung, im Zimmer 112 des Stadthauses an den Werktagen, montags bis freitags, in der Zeit von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr, zu jedermanns Einsicht bereit gehalten wird, ortsüblich bekannt gemacht worden. Auf die §§ 44 (3, 4) und 215 (1) BauGB sowie auf § 7 (6) Gemeindeordnung NRW wurde bei der Bekanntmachung hingewiesen. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Duisburg, den **28. SEP. 2009**

Der Rat der Stadt hat am **28. SEP. 2009** die **10 (1) BauGB** diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Duisburg, den **28. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Der Rat der Stadt hat am **28. SEP. 2009** die **10 (1) BauGB** diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Duisburg, den **28. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Der Rat der Stadt hat am **28. SEP. 2009** die **10 (1) BauGB** diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Duisburg, den **28. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**

Der Rat der Stadt hat am **28. SEP. 2009** die **10 (1) BauGB** diesen Bebauungsplan als Satzung beschlossen.

Duisburg, den **28. SEP. 2009**

Der Oberbürgermeister im Auftrag

**Linne**